

**Zeitschrift:** Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot  
**Band:** 282 (2009)  
**Rubrik:** Jahreschronik

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Jahreschronik

(1. MAI 2007 BIS 30. APRIL 2008)

*Fragen rund um die Klimapolitik, die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und innenpolitisch die Abwahl eines amtierenden Bundesrates dominierten in diesem Jahr das Geschehen.*

### Umwelt

Die Fragen um den Klimawandel spielten weltweit in vielen Konferenzen eine Hauptrolle. Begonnen hat es Anfang Juni beim Treffen der G8 im ostdeutschen Seebad Heiligendamm. Zu den Vertretern der acht führenden Industrienationen gesellten sich zeitweise die Regierungschefs von Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Den Vorsitz hatte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie legte grossen Wert auf die Fragen rund um den Klimawandel. Im Schlussdokument hielt sie fest: «Der Klimawandel hat das Potenzial, unsere natürliche Umwelt schwer zu schädigen, und seine Bekämpfung ist eine der grössten Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht.» Zu handfesten Entscheiden kam es zwar noch nicht, aber das Terrain für die im Dezember folgende Klimakonferenz der Vereinten Nationen auf Bali in Indonesien wurde vorbereitet.

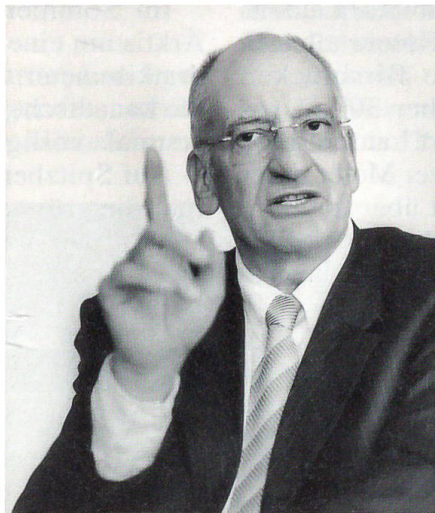
In der Zwischenzeit legte die IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), eine Kommission der UNO, ihren vierten Bericht vor, der auf viele besorgniserregende Fakten

und auf die Dringlichkeit des Handelns verweist. Im Dezember fand die UNCCC (United Nations Climate Change Conference) auf Bali im Beisein von 190 Staaten statt. Die Konferenz verabschiedete eine sogenannte «Roadmap» (Fahrplan), die die Themen und den Zeitplan für die künftigen Verhandlungen festlegt. Dies soll einen nahtlosen Übergang vom jetzigen Kyoto-Protokoll zum künftigen Klimaregime sicherstellen. Wichtig ist dabei das Einverständnis von Staaten wie den USA, China und Indien, die sich bisher in diesen Fragen sehr zurückhaltend zeigten.

Neben den Regierungen haben aber auch andere Personen und Organisationen die Belange des Klimaschutzes unterstützt und vorangetrieben. Einige Bundesstaaten der USA erliessen eigene Gesetze zum Klimaschutz. Sie setzten damit die Zentralregierung unter Druck, sich dieser Fragen vermehrt anzunehmen. Der frühere Vizepräsident der USA, Al Gore, präsentierte weltweit seinen Film für den Klimaschutz. Er und die IPCC erhielten den diesjährigen Friedensnobelpreis.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene extreme Wetter-situationen beobachtet, die zu schweren Schäden führten. Im Juli wurde Mittelengland

von den schlimmsten Überschwemmungen seit 60 Jahren betroffen. Tausende von Menschen mussten evakuiert werden. In vielen Städten fiel die Strom- und Wasserversorgung aus.



Pascal Couchepin  
Bundespräsident für das Jahr 2008  
(Foto: Hansueli Trachsel)





Unwetterschäden als Folge des Klimawandels,  
hier in Lyss (Foto: Keystone)

In der Schweiz sorgten sehr starke Niederschläge am 8. und 9. August für Überschwemmungen in mehreren Kantonen. Besonders schwer getroffen wurde das Baselbieter Laufental. Die hochgehende Birs überflutete alles in der Nähe ihres Bettes, und die Birsbrücken mussten über eine Länge von über 30 km gesperrt werden. Im Bezirkshauptort Laufen stand die historische Altstadt bis zu zwei Meter unter Wasser. Strom und Gas mussten über mehrere Tage abgestellt werden. Im Waadtland überflutete der Dorfbach das Dorf Roche und lagerte viel Geschiebe im Dorfkern ab.

Im Kanton Bern traten der Thuner- und Bielersee erneut über die Ufer und in der Stadt Bern die Aare. Sie verursachte Schäden im Mattequartier. Besonders hart traf es Teile des Seelands. Der Lyssbach überschwemmte Lyss gleich dreimal (21. Juni, 8. und 29. August). Der Schaden in Lyss alleine wird auf rund 100 Millionen Franken beziffert. Nun soll ein 2,6 km langer Hochwasserstollen gebaut werden. Da sich die Gemeinden des Lyssbachverbandes über die Verteilung der Kosten zwischen 35 und 40 Millionen Franken nicht einig sind, übernimmt der Kanton die Federführung bei der Projektierung.

Der Bielersee erreichte mit 54 cm über der Hochwassermarken einen neuen Höchststand und verursachte in Ufernähe hohe Gebäudeschäden. Damit wurden die Grenzen des Systems der 2. Juragewässerkorrektur aufgezeigt. Die intensiven Niederschläge führten zu einem starken Ansteigen der Aare und ihrer Nebenflüsse sowohl ober- wie unterhalb der drei Juraseen und zu einer Überlastung des Reguliersystems. Die maximal zulässige Menge des Aare-Abflusses bei Murgenthal von 850 m<sup>3</sup>/s wurde mit 1260 m<sup>3</sup>/s massiv überschritten.

Insgesamt verursachten die Schäden in der Schweiz die stolze Summe von 710 Millionen Franken. Das ist doppelt so viel als das langjährige Mittel.

Im Sommer schrumpfte die Eisfläche der Arktis um eine Million auf drei Millionen Quadratkilometer. Dieser Rückgang bewirkte, dass die kanadische Nordwestpassage auf dem Meer erstmals völlig eisfrei war.

Auf Spitzbergen in der Arktis wurde im Februar die grösste Saatgutbank der Welt eröffnet. Sie soll die Artenvielfalt der Pflanzen vor Fol-

#### WETTBEWERB

##### Poesie

##### Schlaflos

Aus Träumen in Ängsten bin ich erwacht;  
was singt doch die Lerche so tief in der Nacht?  
Der Tag ist gegangen, der Morgen ist fern,  
aufs Kissen hernieder scheinen die Stern.  
Und immer hör ich den Lerchengesang,  
o Stimme des Tages, mein Herz ist bang.

Theodor Storm (1817–1888)

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 104



gen des Klimawandels und schwersten Katastrophen schützen. Pflanzensamen aus über hundert Ländern lagern in einer Bunkeranlage im Fels bei minus 18 bis minus 20 Grad Celsius, bisher 100 Millionen Sämlinge von Grundnahrungsmitteln asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Herkunft. Die Anlage bietet Platz für mehr als zwei Milliarden Sämereien. Der Bau, «Arche Noah der Pflanzen» genannt, soll das Überleben der Pflanzenvielfalt über viele Jahrhunderte sicherstellen. So ist erwiesen, dass Gerste 2000 Jahre, Weizen 1700 Jahre und Hirse fast 20 000 Jahre in der Kälte überleben können. Die Samen werden von den Genbanken der Länder geliefert und verbleiben auch ihr Eigentum. Da die Anlage in der Nähe des Ortes Longyearbyen nur etwa 1000 km vom Nordpol entfernt liegt, kann die Temperatur selbst bei einem Ausfall der Kühlsysteme nie über die Nullgradgrenze steigen.

## Schweiz

### *Eidgenossenschaft*

Am 6. Mai beschliesst die Glarner Landsgemeinde als erster Kanton der Eidgenossenschaft die Einführung des aktiven kantonalen Stimmrechts für 16-Jährige. Im Kanton Bern heisst der Grosse Rat am 5. Juni eine Motion gut, die das Stimmrechtsalter von 16 Jahren verlangt.

Mit einer grossen Feier wird am 15. Juni der neue Lötschberg-Basistunnel zwischen Frutigen und Visp eröffnet. Der Bau dauerte acht Jahre, kostete 4,3 Milliarden Franken und forderte fünf Arbeitern das Leben. Leider ist der Tunnel nur auf einem Drittel seiner Gesamtlänge von 34,6 km zweispurig ausgebaut. Ein weiterer Drittel ist für die zweite Spur nur ausgebrochen, aber nicht fer-

tiggestellt. Damit ist die Kapazität des Tunnels doch recht beschränkt. Nach vielen Testfahrten wird der Tunnel ab dem 9. Dezember nach Fahrplan in Betrieb genommen. Damit rückt das Wallis wesentlich näher an die Deutschschweiz. Die meisten Ferienorte im Wallis können ab den grösseren Städten mit einer um 60 bis 70 Minuten kürzeren Reisezeit erreicht werden. Die Reisezeit von Bern nach Visp verkürzt sich um mehr als die Hälfte von 2 Stunden auf noch 55 Minuten.

Am 17. Juni wurde über die 5. Revision der stark defizitären Invalidenversicherung (IV) abgestimmt und mit einem klaren Mehr von 59,1 Prozent der Stimmen angenommen. Die Revision hat zum Ziel, die Früherkennung von möglichen Fällen und die Wiedereingliederung zu verbessern. Zudem erschwert sie den Zugang zu Renten. Die dringend notwendige finanzielle Sanierung der IV bleibt damit jedoch ungelöst.

Der Bundesrat beschliesst am 20. Juni, die Abgabe von Taschenmunition für die Militärwaffe abzuschaffen. Er kommt damit wachsendem Druck aus der Bevölkerung entgegen, nachdem mehrere Tötungen mit der Dienstwaffe vorkamen. Trotzdem erschiess ein Rekrut am 23. November – gleich nach seiner Entlassung aus der Rekrutenschule – an einer Bushal-



Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels am 15. Juni 2007 (Foto: Keystone)





Eveline Widmer-Schlumpf, anstelle von Christoph Blocher gewählte Bundesrätin (Foto: Hansueli Trachsel)

testelle in Zürich mit dem Sturmgewehr gezielt eine völlig unbeteiligte junge Frau von 16 Jahren. Die Munition hatte er während der Rekrutenschule entwendet. Diese Tat löst eine weitere Debatte über die Aufbewahrung von Dienstwaffen aus.

Der Bundesrat ernennt den 47-jährigen Brigadier Roland Nef, Kommandant einer Panzerbrigade, per 1. Januar 2008 als Nachfolger von Christophe Keckeis zum neuen Chef der Armee.

Die eidgenössischen Parlamentswahlen im Oktober fanden in einem aufgeheizten Klima statt. Sie stiessen selbst im Ausland auf Aufmerksamkeit, da die Wahlpropaganda und die Reden viele Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit aufwiesen. Noch nie bewarben sich so viele Kandidaten um einen Sitz im Nationalrat wie in diesem Jahr: 1088 Frauen und 2001 Männer auf 311 Listen.

Gewinner sind SVP, Grüne sowie Grün-Liberale. Die SVP erreicht mit 28,9 Prozent der Stimmen das beste je erzielte Resultat seit der Einführung der Proporzahlen auf eidgenössischer Ebene und baut ihre Vertretung im Nationalrat von 55 auf 62 Sitze aus. Die Grünen gewinnen ebenfalls 7 Sitze hinzu und sind nun mit 20 Sitzen im Nationalrat vertreten. Von den

Parteien in der Mitte verliert die FDP erneut 5 Sitze und ist nun nur noch gleich stark wie die CVP, die mit 3 Sitzgewinnen leicht zulegen kann. Grösste Verliererin ist die SP, die 9 Mandate einbüsst und nur noch 43 Vertreter im Nationalrat hat.

Die SVP Schweiz verstärkt sofort nach den Wahlen ihre Forderung, dass die drei amtsältesten Bundesräte Couchepin, Leuenberger und Schmid zurücktreten sollten.

Das neue Parlament sorgt anlässlich der Gesamterneuerungswahl des Bundesrates am 12. Dezember für die grösste innenpolitische Überraschung des Jahres. Erstmals wählt die Vereinigte Bundesversammlung einen amtierenden Bundesrat ab und ersetzt ihn durch eine Sprengkandidatin aus der gleichen Partei. Justizminister Christoph Blocher, der Exponent der Wahlsiegerin SVP bei den Parlamentswahlen, wird im zweiten Wahlgang von der Bündner Finanzdirektorin Eveline Widmer-Schlumpf aus dem Amt geworfen. Nach dem klaren Verdikt der Parlamentswahlen vom 21. Oktober schien die Wiederwahl von Bundesrat Blocher gesichert. Dass es anders kam, hat zum einen mit dem Sonderfall Schweiz mit seinen wechselnden Mehrheiten und mangelhafter Fraktionsdisziplin zu tun, anderseits musste sich das



der Justizminister selber zuschreiben. Im Verlauf seiner vierjährigen Tätigkeit als Bundesrat hat Christoph Blocher als Macher einiges erreicht. Gleichzeitig hat er sich aber im Verlaufe seiner Amtsperiode viele Gegner im Parlament geschaffen. Vorwürfe gegen ihn betrafen seine Attacken auf das Völkerrecht, unbewiesene Vorwürfe gegenüber zwei albanischen Asylsuchenden, Verstösse gegen das Kollegialitätsprinzip im Bundesrat, Kritik an der Arbeit der Asylrekurskommission, Kritik am Antirassismusgesetz, die er ausgerechnet in der Türkei äusserte, und der Fall des abgesetzten Bundesanwalts Valentin Roschacher.

Verantwortlich für diesen Eklat war eine Koalition von Sozialdemokraten, Grünen und CVP, die sich vorher in aller Stille auf Eveline Widmer-Schlumpf geeinigt hatten. Da sie nicht Kandidatin war, erbittet sie sich eine Bedenkzeit. Am folgenden Tag nimmt sie die Wahl an und wird vereidigt. Die SVP-Politiker sind konsterniert, drohen und trotzen. Sie kündigen den Gang in die «Opposition» an und erklären die «Verräter» Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf zu Bundesräten ohne Fraktion. Christoph Blocher will sich weiterhin intensiv mit Politik beschäftigen, auch «ausserhalb des Betriebes».

Die übrigen Bundesräte werden alle in ihrem Amt bestätigt und erreichen dabei zum Teil Spitzenresultate. Als Ersatz für die ausscheidende Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz wird die Bündnerin und bisherige Vizekanzlerin Corina Casanova (CVP) gewählt.

Am 24. Februar kamen zwei eidgenössische Abstimmungen vor das Volk. Die Initiative des Umweltschützers Franz Weber «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» wird sehr deutlich abgelehnt mit 68,1 Prozent Nein. Alle Stände verwerfen die Vorlage. Im Vorfeld zur Abstimmung wird hauptsächlich argumentiert, dass bei einer Annahme der Initiative unsere Luftwaffe kaum mehr die notwendigen Übungsflüge ausführen könnte. Damit wäre auch die Luftraumverteidigung infrage gestellt.

Die zweite Vorlage betraf das Gesetz zur «Unternehmenssteuerreform II». Das neue Gesetz wird sehr knapp mit 50,5 Prozent Ja-Stim-

men zu 49,5 Prozent Nein-Stimmen angenommen. Die Grundlage des Gesetzes beinhaltet die Aufhebung der Steuerpflicht auf Dividenden, wenn ein Aktionär mehr als 10 Prozent der Aktien besitzt. Damit entfällt die Doppelbesteuerung von Löhnen und Dividenden bei vielen KMU, die dem mitarbeitenden Besitzer gehören. Die Gegner aus dem linken Lager bekämpften die Vorlage mit dem Argument, dass reiche und bekannte Grossaktionäre keine Steuern auf Dividenden mehr bezahlen müssten.

Am 1. März fand bei den zwei grössten politischen Parteien der Schweiz, der SVP und der SP, ein Generationenwechsel statt. Die Delegierten der SVP erküren den 33-jährigen Toggenburger Landwirt Toni Brunner als Nachfolger von Ueli Maurer zum neuen Präsidenten. Brunner verspricht, die erfolgreiche Politik seines Vorgängers fortzusetzen: kein EU-Beitritt, die Ausschaffung krimineller Ausländer und niedrigere Steuern. Neben Brunner werden fünf Vizepräsidenten gewählt: der abgewählte Bun-



Corina Casanova, die neue Bundeskanzlerin  
(Foto: Keystone)





Christoph Neuhaus, Nachfolger von Ständerat  
Werner Luginbühl im Berner Regierungsrat  
(Foto: Hansueli Trachsel)

desrat Christoph Blocher, der frühere Fraktionschef Walter Frey sowie die Nationalräte Jasmin Hutter, Adrian Amstutz und Yvan Perrin. Der neue Präsident bekräftigt den Beschluss der SVP-Fraktion, die beiden «abtrünnigen» Bundesräte Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf in dieser Legislatur nie zu einer Fraktionssitzung einzuladen. Die Delegierten stimmen mit nur wenigen Gegenstimmen dem Oppositionskurs bei.

Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei berufen den 37-jährigen Christian Levrat zum neuen Präsidenten. Er löst den zurückgetretenen Hans-Jürg Fehr ab. Vier neue Vizeprä-

sidenten ergänzen die Parteileitung: Jacqueline Fehr (Zürich), Pascale Bruderer (Aargau), Stéphane Rossini (Wallis) und Marina Carobbio (Tessin). Zusammen mit der Fraktionschefin Ursula Wyss und Generalsekretär Thomas Christen verfügt nun die SP über die jüngste Parteileitung. Der neue Präsident setzt sich das Ziel, die Wahlen 2011 zu gewinnen. Im Weiteren will er für schärfere Kontrollen bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit kämpfen. Levrat hat sich als aktivistischer Funktionär der Gewerkschaft Kommunikation einen Namen gemacht.

Nach der Ausstrahlung eines Dokumentarfilms ihrer politischen Gegner im Fernsehen sieht es die SVP als erwiesen an, dass Frau Widmer-Schlumpf die Partei hintergangen und mit dem Gegner paktiert hat. Frau Widmer dementiert diesen Sachverhalt. Das hält die SVP nicht davon ab, den Druck auf sie wesentlich zu verstärken. Ultimativ fordert die Partei, dass Frau Widmer aus der Partei und aus dem Bundesrat zurücktrete. Da die schweizerische Partei kein Einzelmitglied ausschliessen kann, fordert sie die Graubündner Kantonalsektion auf, dies zu tun, falls Frau Widmer nicht selbst zurücktritt.

#### *Kanton Bern*

Die eidgenössischen Wahlen im Oktober entsprechen auch im Kanton Bern den Resultaten auf nationaler Ebene. Die SVP gewinnt 2 Mandate hinzu und stellt neu 10 Nationalräte. Die SP verliert 2 von ihren 8 Mandaten. Die Grünen gewinnen einen Sitz auf Kosten der Schweizer Demokraten und stellen neu 3 Vertreter. Die weitere Sitzverteilung bleibt unverändert: FDP 4, EVP 1, EDU 1 und CVP 1.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Ständeratswahlen verteidigt Simonetta Sommaruga (SP) ihren Sitz. Den zweiten Sitz holt sich die SVP mit Regierungsrat Werner Luginbühl.

Nach der Wahl von Werner Luginbühl in den Ständerat wird am 24. Februar der Ökonom Christoph Neuhaus, Belp, als sein Nachfolger im Regierungsrat gewählt. Er war einziger Kandidat und übernimmt die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion.



Im Zusammenhang mit der künftigen Bahnpolitik fasst der Bundesrat am 21. Dezember wichtige die BLS betreffende Beschlüsse. Die Konzession für die Betreibung der Lötschberg-Simplon-Achse der BLS soll bis 2020 verlängert werden. Im Gegenzug greift aber der Bund nach der BLS-Infrastruktur. Sie soll bis zum 1. Januar 2009 in eine separate, vom Bund beherrschte Gesellschaft, BLS Netz AG, ausgliedert werden.

### *Bern Stadt*

In der Berner Zeitungslandschaft kommt es Ende Mai zu einer wichtigen Änderung. Die Berner Media-Gruppe, Herausgeberin von «BZ, Berner Zeitung» und «Bund», wird zu 80 Prozent vom Zürcher Medienkonzern Tamedia («Tages-Anzeiger») übernommen.

Der 6. Oktober ist ein schwarzer Tag für Bern. Im Rahmen des Wahlkampfes vor den eidgenössischen Wahlen organisiert die SVP einen Marsch, der auf dem Bundesplatz enden sollte, wo eine Feier geplant war. Mit schweren Krawallen und Zerstörungsaktionen behindern rund

500 Linksextremisten die Manifestation. Die Polizei ist total überfordert und wird teilweise falsch eingesetzt. Das geplante Wahlfest wird abgesagt. Die Behörden der Stadt und die Leitung der Polizei geraten unter starke Kritik für ihre Einsatzführung.

Nach einem Jahr Sperre wird der Bahnhofplatz Bern am 6. April wieder für den öffentlichen und motorisierten Individualverkehr freigegeben. Die Umbauarbeiten werden aber noch bis Ende Mai dauern.

### **Europa**

#### *Europäische Union (EU)*

Im Oktober einigen sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf einen neuen Reformvertrag. Er ersetzt den geplanten Verfassungsvertrag, der in Frankreich und den Niederlanden bei Volksabstimmungen gescheitert war.

Der neue Vertrag wird am 13. Dezember in Lissabon unterschrieben. Er sieht vereinfachte Strukturen, eine kleinere Kommission und den

Verzicht auf Einstimmigkeit in verschiedenen Bereichen vor. Im Weiteren werden ein Präsidialamt und der Posten eines Aussenministers geschaffen. Die wichtigsten Änderungen treten ab 2014 und 2017 in Kraft. Der Vertrag muss nun noch von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Die EU nimmt am 21. Dezember Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen sowie Malta in den Schengen-Raum auf. Damit fallen zwischen diesen Staaten und den alten EU-Ländern die Grenzkontrollen dahin. Der freie Personen- und Güterverkehr wickelt sich nunmehr zwischen 24 Staaten ab.



Schwere Krawalle von Linksextremisten gegen eine SVP-Kundgebung in Bern (Foto: Keystone)

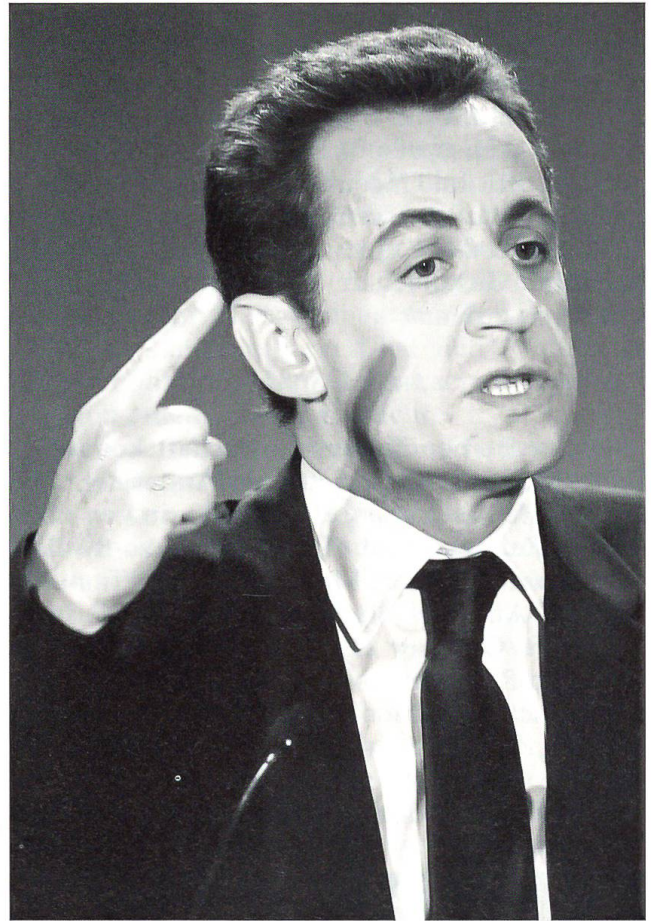


In den Bundesländern Hessen und Niedersachsen fanden am 27. Januar Landtagswahlen statt. Kurz darauf folgten die Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Auffallend bei den Ergebnissen ist der Vormarsch der Partei «Die Linke». Diese neue Formation, entstanden aus der ostdeutschen PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) und der westdeutschen WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit), vertritt extrem linke Positionen. Sie zieht nach diesen Wahlen erstmals in den hessischen Landtag wie in die Hamburger Bürgerschaft ein. In Zukunft muss für die Regierungsbildung mit fünf Parteien, CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke, gerechnet werden, und die Aussichten auf stabile Landesregierungen werden schwierig. In Hessen haben CDU und SPD gleich viele Sitze erobert. Somit muss eine Koalition gebildet werden, um eine Regierungsmehrheit zu erhalten. Die SPD versucht zusammen mit den Grünen und der «Duldung» der Linken eine Regierung zu bilden, obwohl vor den Wahlen eine Zusammenarbeit mit der Linken ausgeschlossen worden war. Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. Es fand sich keine Mehrheit für diese Lösung, und so leitet vorläufig die CDU/CSU-Regierung kommissarisch die Regierungsgeschäfte.

### *Frankreich*

Der entscheidende zweite Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen endet mit dem Sieg des 52-jährigen bürgerlichen Politikers Nicolas Sarkozy. Für ihn stimmen 53,1 Prozent der Wähler. Die unterlegene sozialistische Gegnerin Ségolène Royal erhält mehr als 2 Millionen Stimmen weniger. Sarkozy versprach viele grundlegende Reformen, und er schlägt gleich ein hohes Tempo an. Sofort wird unter der Leitung von François Fillon die neue Regierung gebildet, der sieben Frauen und acht Männer angehören.

Drei Wochen nach der Präsidentschaftswahl finden die Parlamentswahlen statt. Nicolas Sar-



Nicolas Sarkozy, französischer Staatspräsident  
(Foto: Keystone)

kozy warb intensiv für eine grosse Mehrheit, damit er seine angekündigten Reformen durchführen kann. Von den 577 Sitzen gewinnt seine Seite 324. Das ist eine komfortable Mehrheit, aber weniger als erhofft und kommt einem kleinen Rückschlag gleich.

Der neue Präsident Nicolas Sarkozy ist der Sohn eines ungarischen Immigranten und einer griechischstämmigen französischen Juristin. Nach Studien in Politikwissenschaft und öffentlichem Recht wurde er 1980 Anwalt. Seine politische Karriere begann er bereits 1977 als junger Gemeinderat von Neuilly-sur-Seine, dem er dann auch von 1983 bis 2003 als Bürgermeister vorstand, und setzte sie über mehrere Ministerposten fort. Er gibt sich sehr reform-



beflissen, dynamisch und draufgängerisch. Zu Beginn seiner Amtszeit als Präsident nimmt er viele Reformvorhaben in Angriff. Im Verlaufe des ersten Jahres macht er dann allerdings mehr durch sein Privatleben von sich reden. Im Herbst trennt er sich von seiner zweiten Frau Cécilia und zeigt sich nur wenige Wochen später mit einer neuen Partnerin, der italienisch-französischen Sängerin und Model Carla Bruni, die er am 2. Februar heiratet. Diese Verbindung stösst auf ein grosses Medienecho und sorgt auch für politisches Aufsehen. Seine Beliebtheit unter den Franzosen hat dadurch empfindlich gelitten.

### *Italien*

In Neapel und in der ganzen Region Kampagnien liegen Tausende von Tonnen Müll in den Strassen und Plätzen und werden nicht entsorgt. Es entstehen illegale Mülldeponien. Die italienische Regierung kriegt das Problem nicht in den Griff. Seit Jahren wurde der Bau von Entsorgungsanlagen verschleppt und behindert. Das Problem weitet sich derart aus, dass die EU-Kommission ein Verfahren gegen Italien einleiten muss, da die europäischen Richtlinien zur Abfallentsorgung nicht eingehalten werden. Die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bewohner der Region sind schwer abzuschätzen. Der Tourismus leidet ebenfalls unter dieser Krise.



Skandalöses Müllproblem in Neapel (Foto: Keystone)

Ministerpräsident Romano Prodi muss Ende Januar, nach dem Verlust der Mehrheit im Parlament, zurücktreten. Die Regierung Prodi war fast zwei Jahre im Amt und weist nur eine schwache Bilanz auf. Da die Bildung einer Nachfolgeregierung nicht gelingt, löst Staatspräsident Giorgio Napolitano das Parlament auf und ordnet für den 13./14. April Neuwahlen an.

Der Wahlkampf verlief eher flau. Umso überraschender war das Resultat bei einer Beteiligung, die nur knapp unter der des vorangegangenen Urnengangs lag. Das Lager um Silvio Berlusconi erreicht einen klaren Sieg. Die Mitte-rechts-Koalition verfügt nun über 340 Sitze in der Abgeordnetenversammlung und 168 Sitze im Senat. Demgegenüber erhält die Mitte-links-Koalition von Walter Veltroni 239 Sitze in der Kammer und 130 Sitze im Senat. Ein interessantes Resultat des Wahlgangs ist die Entwicklung zur Zweiparteienlandschaft in Italien. Die übrigen Parteien erreichen zusammen 38 Sitze in der Kammer und 8 Sitze im Senat. Einige traditionsreiche Parteien wie die Kommunisten, Sozialisten und Grüne sind gar nicht mehr im Parlament vertreten. Weiter ist bemerkenswert, dass die Mitte-rechts-Koalition im Süden fast alle Regionen für sich buchen konnte. Nur zwei Regionen verbleiben hier den Gegnern.

Silvio Berlusconi verspricht gleich nach den Wahlen tiefgreifende Reformen. Das politische System müsse effizienter und entscheidungsfähiger werden.

### *Liechtenstein*

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Liechtenstein entbrennt ein heftiger Steuerstreit. Der deutsche Bundesnachrichtendienst BND hat für eine Diskette mit Kontodaten der liechtensteinischen LGT Treuhand fünf Millionen Euro bezahlt. Diese Daten werden den deutschen Steuerbehörden zur Verfügung gestellt. In einer ersten spektakulären Aktion veranlasst die Staatsanwaltschaft Bochum eine Hausdurchsuchung beim Chef der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel. Dieser profilierte und erfolgreiche Manager soll Steuern in Millionenhöhe hinterzogen haben. Weitere Aktionen werden in Aus-



sicht gestellt. Das Vorgehen der deutschen Steuerbehörden mit dieser Art von Beschaffung von Daten löst viele Diskussionen aus.

### *Grossbritannien*

In Nordirland wird am 8. Mai die neue Regierung vereidigt. Sie steht unter der Führung des Protestanten Ian Paisley (erster Minister) und des Katholiken Martin McGuinness. Damit wird ein grosser Schritt Richtung Befriedung dieser Provinz vollzogen.

Am 27. Juni wird der bisherige Schatzkanzler Gordon Brown neuer britischer Premierminister. Tony Blair trat nach 10-jähriger Amtsinhaberschaft zurück. Er wird neuer Sondergesandter des sogenannten Nahost-Quartetts. Gordon Brown verspricht grösseren Wandel, und er tritt mit einem stark erneuerten Kabinett an.

### *Polen*

In Polen wird im Oktober das Parlament neu bestellt. Dabei erleidet die national-konservative Partei von Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski eine herbe Niederlage. Sie erreicht noch 32 Prozent der Stimmen. Der Herausforderer Donald Tusk mit seiner liberal-konservativen Bürgerplattform fährt mit rund 41 Prozent der Stimmen einen triumphalen Sieg ein. Damit endete die Zwillingsherrschaft der beiden Brüder Kaczynski. Lech Kaczynski, der Bruder, bleibt Präsident. Seine Wiederwahl stand nicht an.

### *Serbien*

Anfang Februar findet in Serbien der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen statt. Dabei geht es nicht nur um die Wahl einer Person, sondern um den künftigen Kurs des Landes. Der Amtsinhaber Tadic vertritt eine pro-europäische Politik und will sein Land in die EU und in die Nato führen. Sein Herausforderer Nikolic will sich von Europa abwenden und eine enge Bindung mit Russland eingehen.

Die Wahl wird von Tadic mit etwas mehr als 51 Prozent gewonnen.

### *Kosovo*

Bei den Wahlen in Kosovo geht die vom ehemaligen Rebellenführer Hashim Thaci geführte Demokratische Partei als klare Siegerin hervor. Sie bereitet sofort die Ausrufung der Unabhängigkeit von Serbien vor. Am 17. Februar erfolgt dann diese Proklamation. Sie löst erwartungsgemäss bei den albanischstämmigen Kosovaren grosse Freude und im Gegensatz dazu in Serbien und bei den Serben, die in Kosovo leben, starke Proteste aus. Die Serben betrachten den Kosovo weiterhin als Provinz von Serbien. Viele westliche Staaten anerkennen den neuen Staat. Die Schweiz folgt einige Tage später ebenfalls. Russland stellt sich selbstverständlich hinter die Serben.

### *Ukraine*

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. September, der dritten Wahl innerhalb von drei Jahren, gab es wiederum keinen klaren Sieger. Die beiden Parteien der «orangen» Revolution von Präsident Viktor Juschtschenko und dem Block um Julia Timoschenko erreichen 46 Prozent der Stimmen, dicht gefolgt von den pro-russischen Parteien um den bisherigen Regierungschef Viktor Janukowitsch, die etwas über 43 Prozent verbuchten. Damit wechselt aber die Regierung wieder zu den pro-westlichen Kräften, und Julia Timoschenko, die Galfionsfigur der «orangen» Revolution, wird wieder neue Regierungschefin.

## **Naher und Mittlerer Osten**

### *Israel/Palästina*

Im Konflikt zwischen den beiden Parteien gibt es keine Bewegung. Die militanten Siedler der Israeli bauen ihre Siedlungen weiter aus.

Die israelische Regierung gibt ab und zu Lippenbekenntnisse zu deren Eindämmung ab, macht aber trotz internationalem Druck keine Anstalten, wirkungsvoll dagegen anzugehen. Aufseiten der Palästinenser herrscht ebenfalls Stillstand. Das Westjordanland ist in den Händen von Präsident Abbas mit der Fatah und der Gazastreifen ganz in der Hand der Hamas. Auf Provokationen der Hamas mit Kassem-Raketen auf israelisches Gebiet reagiert Israel sofort mit militärischen Schlägen. In dieser Situation kommen die Friedensgespräche und die Bildung eines Staates Palästina ganz zum Erliegen.

### *Libanon*

Die libanesischen Armee beginnt am 20. Mai einen Artillerieangriff gegen das palästinensische Flüchtlingslager Nahr-al-Barid. Ziel ist die Vertreibung der militanten Islamistengruppe Fatah al-Islam. Wochenlange Kämpfe sind die Folge. Der Sieg der libanesischen Armee geht mit fast völliger Zerstörung des Lagers einher.

### *Irak*

Im Verlaufe des Jahres ziehen die USA erstmals 30 000 Mann und die Briten alle Armeeangehörigen zurück. Es kommt aber immer wieder zu sehr blutigen Selbstmordanschlägen mit vielen Todesopfern. So fordert denn auch der amerikanische Oberbefehlshaber im Irak, General Petraeus, eine Denkpause nach dem ersten Truppenabzug einzulegen.

## **Nord- und Südamerika**

### *USA*

Im Verlaufe des Jahres fällt der US-Dollar auf ein historisches Tief. Er ist nun nur noch etwa 1 Franken wert. Zu diesem Tiefstand führten die grösste Kreditkrise im amerikanischen Hypothekenmarkt und eine sinkende Konjunktur. Über mehrere Jahre wurden Hypotheken zu

Schleuderpreisen angeboten und an nicht kreditwürdige Leute verkauft. Das führte zu einem Kollaps des Marktes von sogenannten «Subprime»- (nicht erstklassigen) Wertpapieren. Die Banken müssen bis Ende April über 270 Milliarden Dollar Verluste abbuchen. Die Hauptlast tragen die amerikanischen Banken, aber es traf auch die Schweizer Grossbanken in ungewöhnlichem Ausmass. Die grösste Schweizer Bank, die UBS, muss über 40 Milliarden Dollar abschreiben und wird zu zwei aufeinander folgenden Kapitalaufnahmen gezwungen. Der Vorstandsvorsitzende der UBS, Marcel Ospel, muss in der Folge zurücktreten.

Im Zusammenhang mit der Dollarkrise steigt der Ölpreis auf über 100 Dollar pro Fass.

### *Kuba*

Am 19. Februar 2008 gibt Fidel Castro bekannt, dass er sich von allen politischen Ämtern zurückzieht. Damit beendet der schwerkranke Castro seine einmalige Karriere. Der nach offizieller Version am 13. August 1926 geborene Castro war 1959 mit seiner «Bewegung des 26. Juli» die treibende Kraft der kubanischen Revolution gegen den Diktator Batista. 1959 wurde er Regierungschef und ab 1976 auch Staatspräsident. Bis zu seinem nun erfolgten Rücktritt führte er ein streng kommunistisches Regime und bekämpfte seinen Intimfeind, die USA.

## **Asien**

### *Pakistan*

Benazir Bhutto, die frühere Ministerpräsidentin, wird kurze Zeit vor den Wahlen und nach ihrer Rückkehr aus dem Exil ermordet. Die Wahlen werden überschattet von weiterer Gewalt. Sie bringen kein klares Resultat in diesem Land, das noch nie eine stabile Demokratie aufbauen konnte. Präsident Pervez Musharraf bleibt weiterhin im Amt.



## Afrika

### Kenia

Ende Dezember finden in Kenia Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Dabei kommt es zu Unregelmässigkeiten, die zu schweren Unruhen führen. Die amtierende Regierung von Präsident Kibaki verzögert vorerst die Veröffentlichung der Resultate. Als sie dann einen sehr knappen Sieg von Kibaki bekannt gab und er auch sofort vereidigt wurde, brechen die Unruhen aus. Alles hatte vorher auf einen deutlichen Sieg seines Gegenspielers Odinga hingewiesen. Die Unruhen breiten sich über grosse Teile des Landes und insbesondere im westlichen Teil des Rift Valleys aus. Hunderte finden dabei den Tod und mehrere hunderttausend Menschen müssen flüchten. Unter Führung von Kofi Annan finden Gespräche zwischen den Konfliktparteien statt, die zu einem Kompromiss führen. Kibaki kann sein Präsidentenamt behalten, und im Parlament sind die beiden Parteien der Politiker mit jeweils 100 Abgeordneten vertreten.

## Sport

Der FC Zürich gewinnt am 24. Mai zum zweiten Mal hintereinander die Schweizer Fussballmeisterschaft. Dies nach dem Sieg von 2:0 im letzten Spiel gegen GC Zürich. Zweiter wird wie im Vorjahr der FC Basel. Die Basler revanchieren sich drei Tage später mit ihrem Cup-Sieg von 1:0 gegen den FC Luzern.

Im Segelsport begeistert das Team Alinghi um Ernesto Bertarelli viele Schweizer. Bei der Verteidigung des America's Cup vor Valencia schlagen sie das Team New Zealand, die Gewinner der Herausforderungsrunde, mit 5:2. Es war kein leichter Sieg. Nach drei Regatten lag das Schweizer Boot mit 1:2 zurück. Das letzte Rennen verlief sehr dramatisch. Nachdem die Neuseeländer den Schweizern einmal den Vortritt verweigert hatten, mussten sie vor dem Ziel eine Zusatzschleife segeln. Das deutete auf einen klaren Sieg der Schweizer, die aber kurz

vor der Ziellinie in eine Flaute gerieten. Mit gerade noch einer Sekunde Vorsprung gewannen sie doch noch dieses entscheidende Rennen. Nach der erfolgreichen Titelverteidigung wird das Alinghi-Team begeistert empfangen und im Dezember an den Swiss Sports Awards vom Publikum zum Team des Jahres gewählt.

Der Tennisprofi Roger Federer gewinnt zum fünften Mal in Folge das Turnier von Wimbledon. Er schlägt im Final den Spanier Rafael Nadal in fünf Sätzen. Im September gewinnt er mit seinem Sieg im US Open in New York seinen 12. Grand-Slam-Titel.

Die Tour de France, das berühmteste und härteste Veloradrennen der Welt, versinkt immer mehr in Dopingskandalen. In diesem Jahr geht das Rennen mit dem Schimpfnamen Tour de Farce (Posse) in die Geschichte ein, nachdem verschiedene Fahrer, auch führende, des Dopings überführt wurden. So verlor das Rennen jeden sportlichen Wert. Die deutschen Fernsehanstalten ARD und ZDF setzen erstmals ein Zeichen, indem sie alle Übertragungen sofort einstellen. Verschiedene Sponsoren entziehen ebenfalls ihre finanzielle Unterstützung.



Didier Cuche, Weltcupsieger in der Abfahrtsdisziplin, hier im norwegischen Kvitfjell (Foto: Keystone)



Im Motorsport macht die Formel 1 negative Schlagzeilen mit einer Werksspionage-Affäre beim Rennstall McLaren-Mercedes. Auf dem sportlichen Feld geht die F1-Saison recht spektakulär zu Ende. Im letzten Rennen schnappt der Finne Kimi Räikkönen auf Ferrari dem favorisierten Briten Lewis Hamilton auf McLaren-Mercedes den Weltmeistertitel weg.

Die alpinen Skifahrer der Schweiz können auf eine sehr erfolgreiche Saison zurückblicken. Insgesamt erreichten sie 26 Podestplätze mit 10 Weltcupsiegen. Als Sieger können sich bei den Damen feiern lassen: Fabienne Suter (2), Nadia Styger (1) und Martina Schild (1). Bei den Herren: Didier Cuche (2), Daniel Albrecht (2), Marc Berthod (1), Marc Gini (1). Didier Cuche gewinnt die Weltcupwertung bei den Abfahrern.

Am 10. April gewinnt der ZSC Zürich die Schweizer Eishockeymeisterschaft mit dem vierten Sieg in den Play-offs. Gegner waren die Spieler von Servette Genf, die den Zürchern mehrere harte und ausgeglichene Kämpfe lieferten.

### **Was sonst noch geschah**

Der monatelange Swissair-Prozess gegen 19 Entscheidungsträger der untergegangenen Airline geht am 7. Juni vor dem Bezirksgericht in Bülach mit der Urteilsverkündung zu Ende. Alle 19 Angeklagten werden freigesprochen. Das Gericht sieht es nicht als erwiesen an, dass die Angeklagten beim Untergang der Swissair strafrechtlich relevante Verfehlungen begangen hätten. Neben dem Freispruch erhalten alle Angeklagten eine Prozessentschädigung zur Deckung der Anwaltskosten. Die Untersuchungen dauerten fünf Jahre, füllten 4000 Aktenordner, und das ganze Verfahren kostete gegen 10 Millionen Franken.

Ein Lawinendrama an der Jungfrau beschäftigt am 12. Juli die ganze Schweiz. Fünf Rekruten und ein Wachmeister der Gebirgsspezialisten-Rekrutenschule Andermatt kommen ums Leben. Das Drama ereignete sich um zehn Uhr morgens zwischen dem Rottalsattel und dem Gipfel in einem Firnfeld. Zwei von vier Seil-

schaften wurden von einem Schneebrett mitgerissen. Sie stürzten über 1000 m ins Rottalcouloir ab. Vor dem Unfall war, in zwei Schüben, viel Neuschnee gefallen, und das Institut für Schnee- und Lawinenforschung beurteilte die Situation als sehr kritisch. Da auch weitere Warnungen missachtet wurden, leitet die Militärjustiz ein Verfahren gegen zwei verantwortliche Bergführer wegen fahrlässiger Tötung ein.

Die Verschleppung der fünfzehnjährigen Ylenia Lenhard aus Appenzell beschäftigt die Schweizer Bevölkerung zutiefst. Als das Mädchen am 31. Juli nicht nach Hause zurückkehrt, erstattet seine Mutter eine Vermisstenanzeige. Nach wochenlanger Suchaktion verschiedener Polizeikörper und des Militärs findet am 15. September eine Privatperson die vergrabene Leiche. Die Tat war von einem in Spanien lebenden Schweizer begangen worden. Er hat sich selbst gerichtet. Die Arbeit der Polizei wurde durch die fragwürdige Art der Information durch das Boulevardblatt «Blick» wesentlich erschwert und hatte auch politische Folgen.

Am 8. Oktober wird in Galway, Irland, die 17-jährige Sprachschülerin Manuela Riedo aus Hinterkappelen bei Bern ermordet. Sie war zwei Tage vorher mit einer grösseren Gruppe von Mitschülern auf der grünen Insel zu einem zweiwöchigen Intensivkurs in Englisch eingetroffen.

Bei den SBB-Werkstätten in Bellinzona kommt es am 7. März zu einem in der Schweiz einmaligen Arbeitskonflikt. Die SBB-Leitung hatte an diesem Tag Sparmassnahmen im Cargo-Bereich nach einem Rekordverlust von 190 Millionen Franken bekannt gegeben. Es sollen 401 Stellen gestrichen werden, 126 davon in Bellinzona. Die 420 Arbeiter in Bellinzona treten sofort in einen unbefristeten Streik unter dem Motto «Hände weg von unseren Werkstätten». Sie finden im Kanton Tessin breite Unterstützung. Nach verschiedenen Vermittlungsversuchen, die allesamt abgelehnt wurden, dauert der Streik einen vollen Monat. Schliesslich konnte man sich auf Gespräche einigen, die innert zweier Monate zu befriedigenden Resultaten für beide Seiten führen sollen.